

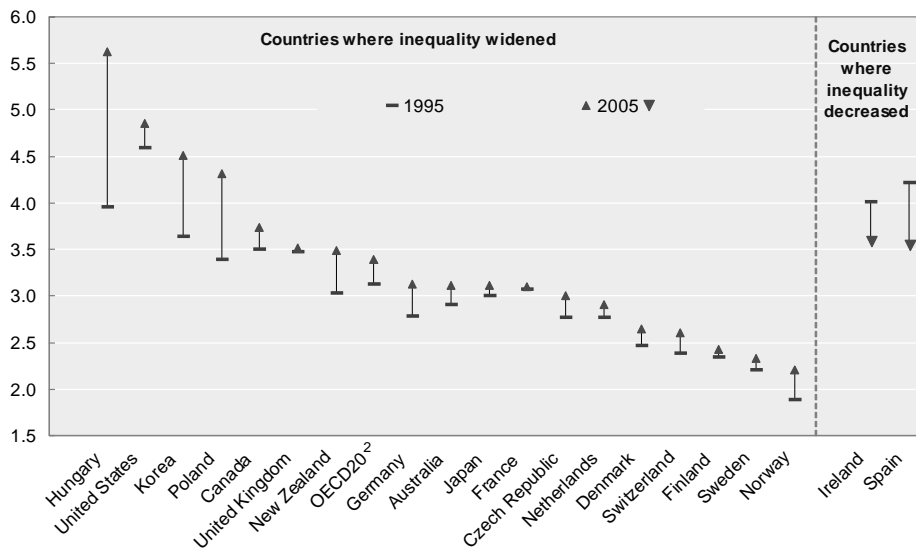
OECD-Beschäftigungsausblick 2007 -- Die deutsche Situation im Vergleich

Deutschland sollte Arbeitnehmer stärker und effektiver dabei unterstützen, die Herausforderungen der neuen globalen Ökonomie zu meistern. Beschäftigungspolitik, soziale Sicherung und Arbeitsrecht sollten so ausgerichtet sein, dass Arbeitnehmer einen notwendigen Arbeitsplatzwechsel bewältigen können, statt sie in Branchen und Arbeitsplätzen ohne Zukunft zu halten. Gleichzeitig sollten Arbeitseinkommen bei der Finanzierung der sozialen Sicherung entlastet werden, um relative Einkommensverluste auszugleichen und die Anreize für mehr Beschäftigung zu erhöhen. Dies geht aus der diesjährigen Ausgabe des OECD-Beschäftigungsausblicks hervor, den die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) heute in Paris veröffentlicht hat.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass technischer Wandel und Globalisierung vor allem die Verhandlungsmacht von weniger qualifizierten Arbeitnehmern in den OECD-Ländern verringert haben. Arbeitsplatzverlagerung oder die Drohung damit haben das Risiko von Arbeitslosigkeit erhöht und die Lohnentwicklung gedämpft. **So haben in der überwiegenden Zahl der OECD-Ländern die Einkommensunterschiede zugenommen und der Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung ist gesunken.**

Das Einkommensgefälle hat sich in den meisten Ländern erhöht

Verhältnis zwischen den obersten und den untersten zehn Prozent der Arbeitseinkommen¹



Note: The figure shows that in all countries except Ireland and Spain, the earnings of the 10% best-paid workers increased more than the earnings of the 10% least-paid workers, over the 1995-2005 period (i.e. earnings inequality widened).

1. Arbeitnehmer, die Vollzeit das ganze Jahr über beschäftigt sind. Die Daten sind für die einzelnen Länder über die Zeit konsistent aber bezogen auf das absolute Niveau nicht vollständig vergleichbar. Ursache sind unterschiedliche Berichtszyklen und Variationen in der Einbeziehung der Arbeitnehmer.
2. Ungewichtetes Mittel der in Grafik dargestellten Länder.

Source: OECD database on Earnings Distribution.

Trotz dieses allgemeinen Trends sind die Unterschiede zwischen den OECD-Ländern und selbst zwischen den EU-Ländern beachtlich. So hat sich zwischen 1995 und 2005 in Frankreich, Finnland, Japan, Schweden, und den Niederlanden die Lohnschere kaum geöffnet. In Spanien und Irland sind im gleichen Zeitraum die Löhne für Geringverdiener sogar schneller gewachsen als für Spitzenkräfte. In Deutschland hingegen ist das Einkommensgefälle deutlich stärker als in der Mehrheit der OECD-Länder

gestiegen. So verdienten die höchstbezahlten zehn Prozent der Arbeitnehmer im Jahr 2005 im Schnitt 3,1 mal so viel wie die zehn Prozent mit den niedrigsten Löhnen. Im Jahr 1995 war es nur 2,8 mal so viel. In den 20 OECD-Ländern für die Daten verfügbar sind, haben sich nur in den Transformationsländern Ungarn, Polen sowie in Südkorea und Neuseeland die Löhne noch stärker auseinanderentwickelt (siehe Grafikdatei „Einkommensgefälle 1995-2005“).

Auch der Anteil der Löhne an der Wirtschaftsleistung ist in Deutschland überdurchschnittlich schnell gesunken - zwischen 1995 und 2005 von 59,8 auf 56,7 Prozent des BIP. In den OECD20 ging die Lohnquote im gleichen Zeitraum von 61,6 auf 59,6 Prozent des BIP zurück (siehe Grafikdatei „Lohnquote“). Politische Entscheidungen, wie die Senkung der Einkommenssteuer haben diese Effekte noch verstärkt. Allerdings sind die befürchteten Auswirkungen der Globalisierung auf Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit bislang ausgeblieben. So ist die Beschäftigungsquote in Deutschland zwischen 1994 und 2005 um drei Prozentpunkte angestiegen und liegt leicht oberhalb des OECD-Durchschnitts (siehe Bericht Seite 246). Der Anteil der kurzzeitig Beschäftigten (Verweildauer unter einem Jahr) ist in dieser Zeit um etwa einen Prozentpunkt auf gut 13 Prozent zurückgegangen. Die durchschnittliche Verweildauer am Arbeitsplatz ist von neunehalb auf zehneinhalb Jahre gestiegen (siehe im Bericht Grafik 3.5 auf Seite 115). Allerdings ist in Deutschland einer von zwei Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Ein Wert, der innerhalb der OECD nur in der Slowakei höher liegt.

Lohnanteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, 1970-2005

Wage share of national income in Germany and the OECD area, 1970-2005



a) Total labour compensation, including employers' social security and pension contributions and imputed labour income for self-employed persons.

b) GDP weighted average of the following countries: Australia, Austria, Belgium, Canada, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Iceland, Ireland, Italy, Japan, Korea, the Netherlands, Norway, Portugal, Spain, Sweden, Switzerland, the United Kingdom and the United States

Source: OECD Employment Outlook 2007.

Ländern mit hohen Sozialbeiträgen wie Deutschland, Österreich oder Belgien empfiehlt die Studie, die Finanzierung der sozialen Sicherung auf eine breitere Basis zu stellen. Vor allem bei der Kranken- und Pflegeversicherung, wo die geleisteten Beiträge nicht den Umfang der Leistungen bestimmen, könnte eine Steuerfinanzierung zu einer Entlastung der Arbeitseinkommen führen. Auch eine

Absenkung der Sozialabgaben für untere Lohngruppen könnte sich positiv auf die Beschäftigung auswirken. Zur Gegenfinanzierung eignen sich nach Ansicht der Autoren die Mehrwert- oder die Einkommenssteuer. „Die Entscheidung, Teile der Mehrwertsteuererhöhung für eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu nutzen, ging in die richtige Richtung. Eine weitergehende Finanzierung der sozialen Sicherung über Steuern könnte Arbeitseinkommen entlasten und sich positiv auf die Beschäftigung auswirken“, so Torres. In diesem Kontext kann es sinnvoll sein, ein kontinuierliches Absinken niedriger Löhne durch die Einführung einer moderat gesetzten Lohnuntergrenze zu verhindern.

Gleichzeitig empfiehlt die Studie, den Wechsel in neue Arbeitsplätze zu erleichtern ohne den Arbeitnehmern die soziale Sicherheit zu nehmen. Das so genannte Flexicurity-Modell, das in Dänemark oder Österreich praktiziert wird, ist dafür eine erfolgreiche Strategie. So zahlen in Österreich Arbeitgeber regelmäßig für jeden Arbeitnehmer Beiträge auf ein individuelles Konto. Bei Arbeitsplatzverlust können diese Mittel statt einer Abfindung genutzt oder auf das neue Arbeitsverhältnis übertragen werden. Muss der Arbeitnehmer die Mittel während seiner Erwerbszeit nicht in Anspruch nehmen, dienen sie nach der Pensionierung als Zusatzrente.

Darüber hinaus sollte die Unterstützung für Arbeitslose stärker daraufhin überprüft werden, in wie weit sie beschäftigungsfreundlich wirkt. Dies kann durch angemessene Zahlungen in Kombination mit Maßnahmen zur „Aktivierung“ von Arbeitnehmern erfolgen, so dass diese eigenständig eine Folgebeschäftigung suchen. Diesem Zweck dienen vor allem eine höhere Betreuungsquote, das Erstellen von Eingliederungsvereinbarungen und eine regelmässige Überprüfung der Verfügbarkeit, verbunden mit moderaten Sanktionsmassnahmen. Deutschland hat hier in den vergangenen Jahren Fortschritte gemacht. Allerdings zeigen erfolgreiche Beispiele in den Niederlanden, Großbritannien und den nordischen Ländern, dass hier weit mehr möglich ist. Deutschland sollte hierzu die Betreuungsquote für Arbeitslose weiter verbessern und die gesetzlich bereits vorgesehenen Möglichkeiten zur Ausweitung der Aktivierung auf Harz-IV-Empfänger auch in der Praxis umsetzen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Raymond Torres, Leiter des Direktorats für Beschäftigung, Arbeit und Soziales (Tel.: 00 33 (1) 45 24 9257 Raymond.Torres@oecd.org oder an Peter Tergeist Peter.Tergeist@oecd.org). Journalisten können über das OECD Berlin Centre ein Presseexemplar dieser Studie als PDF-Datei beziehen. Diese Anfragen richten Sie bitte an berlin.centre@oecd.org.